

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 7

Artikel: Ungelöste Konflikte : Naher Osten und Vietnam
Autor: Fabius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

etwa Breschnew, der Kreml, die Rote Armee und die Vasallen Moskaus an der Invasion und dem ganzen Unglück schuld seien. Vielmehr hätten die Sowjetführer und ihre Verbündeten, so lautet die These, alles getan, um den Januarkurs in eine ruhige Bahn zu lenken, aber Dubcek, Smrkovsky und ihre Bundesgenossen hätten sämtliche Ratschläge systematisch sabotiert. Sie hätten sich schliesslich mit den reaktionären und nationalistischen Kräften verständigt und eine nationalistische ideologische Plattform geschaffen, die

direkt zu einer Konterrevolution führte. Mit dieser plumpen und primitiven List soll die Breschnew-Doktrin moralisch gereinigt werden. Jetzt brauchen die Sowjets weiter nichts mehr zu unternehmen. Sie haben endlich ein Instrument gefunden, mit dem man das nachholen kann, was im vergangenen Jahr durch das Versagen der Kollaborateure und dank dem Widerstand und dem Zusammenwirken der Reformpolitiker mit dem Volke verhindert wurde.

Alexander Korab

UNGELÖSTE KONFLIKTE: NAHER OSTEN UND VIETNAM

Die Spannung im Nahen Osten hat sich in den letzten Wochen laufend verschärft. Zwei Jahre nach dem Sechstagekrieg droht am Ostrand des Mittelmeeres ein neuer bewaffneter Konflikt mit allen seinen weitreichenden weltpolitischen Implikationen. Schon seit längerer Zeit ist der 1967 geschlossene Waffenstillstand nichts mehr als eine *Farce*; kaum ein Tag vergeht, dass nicht vom Jordan oder vom Suezkanal kriegsähnliche Aktionen gemeldet werden.

Der Brand der Al-Aksa-Moschee

Das *Fanal* zu dieser Eskalation war Ende August der Brand der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, eines der wichtigsten Heiligtümer des Islam. Sie wurde, wie die Untersuchungen der israelischen Polizei ergaben, von einem christlichen Fanatiker australischer Herkunft in Brand gesteckt, der rasch verhaftet werden konnte. Inzwischen war jedoch, auf die blosser Meldung des Brandes hin, in den arabischen Ländern spontan eine Welle des Hasses und des ohnmächtigen Zornes aufgebrochen. Lange Fragen nach den Motiven und Hintergründen des Attentates wurden nicht gestellt; für die arabische Seite war es von vorn-

herein klar, dass die Anstifter des Anschlages auf die Moschee nur im *zionistischen Lager* zu suchen seien. Der Ruf nach dem «Heiligen Krieg» wurde laut, in dem unter der Fahne des Propheten der Kampf aller islamischen Länder gegen Israel koordiniert und intensiviert werden sollte.

Es war von allem Anfang an klar, dass das Feuer in der Al-Aksa-Moschee nur ein *Vorwand* war, um das zersplitterte arabische Lager zu einigen. Nasser versuchte, eine *Gipfelkonferenz* der arabischen Staaten zustande zu bringen, auf welcher aller Welt die *Einheit* der arabischen Nation demonstriert werden sollte. Der Erfolg hielt sich in Grenzen. Zwar kamen die politischen Führer Jordaniens, Syriens und des Irak nach Kairo, ja auch König *Hussein* bemühte sich zu Nasser. Die laut verkündete Schliessung der Reihen gegen die «zionistischen Aggressoren» vermochte jedoch kaum zu überzeugen – zu oft ist in der Vergangenheit die so beschworene Einigkeit vor den harten politischen Realitäten jeweils wieder zerfallen.

Dem «kleinen Gipfel» in Kairo soll nun ein weiteres Treffen auf höchster Ebene in *Rabat* folgen, in dem der Kreis der Teilnehmer umfassender wäre: nicht

nur eine Konferenz der Araber, sondern der ganzen islamischen Welt überhaupt soll eine Formel des Vorgehens gegen Israel finden. Man braucht kein Prophet zu sein, um einem solchen Unterfangen von vornherein nur geringe Chancen vorauszusagen. Zu widersprüchlich sind die Ziele der auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen, zu differenziert und anders gelagert ihre Interessen, als dass sich die verschiedenen Meinungen alle unter den gleichen Hut bringen liessen. Die arabische oder gar die islamische Einheit sind vorläufig nichts anderes als eine Fata Morgana, ein Wunschbild, weit entfernt von jeder Wirklichkeit.

Terror und Vergeltungsschläge

Dieses Unvermögen, einen wirksamen politischen Zusammenschluss herbeizuführen und so die Existenz Israels tatsächlich zu bedrohen, hat die *extremistischen Kreise* in den arabischen Ländern in den letzten Monaten veranlasst, die *Terrorakte* gegen Israel zu intensivieren. Zu den Aktionen arabischer Freischärler auf dem Boden Israels und der besetzten Gebiete sind seit einem Jahr weitere Übergriffe gekommen, die auch die Interessen von Drittländern tangieren. Die «Volksfront für die Befreiung Palästinas» hat sich dabei auf die *Luftpiraterie* zu spezialisieren begonnen, im vollen Bewusstsein, dass dieser Art des Terrors gegenwärtig nur sehr schwer beizukommen ist. Der Entführung eines Flugzeuges der israelischen El-Al-Fluggesellschaft nach *Algier* im Sommer 1968 folgten die bewaffneten Überfälle auf israelische Flugzeuge in *Athen* im Dezember 1968 und in *Zürich* im Februar 1969.

Am 29. August ist diese Eskalation noch weiter getrieben worden, indem ein Kommando der «Volksfront» eine nach Tel Aviv fliegende Maschine der amerikanischen Gesellschaft TWA über dem *Mittelmeer* kaperte und zur Landung in *Damaskus* zwang. Nach dem Niedergehen des Flugzeuges auf dem Flughafen der syrischen Hauptstadt wurden die Passa-

giere zum eiligen Verlassen der Kabinen gezwungen und das Cockpit des Apparates durch eine Sprengladung zerstört. Zwei israelische Staatsangehörige wurden von den Syriern als *Geiseln* zurückgehalten. Wenige Tage später griffen arabische Terroristen fast gleichzeitig die israelischen diplomatischen Vertretungen in Bonn und Den Haag sowie das Büro der El-Al in Brüssel an – zweifellos eine abgestimmte Aktion des gezielten Terrors, durch welche der Mittelostkonflikt in die zur Sache Israels neigenden Länder Westeuropas getragen werden sollte.

Israel selber hat auf diese Häufung von Attentaten mit einem schweren *Vergeltungsangriff auf Ägypten* geantwortet. Israelische Truppen überquerten den Golf von Suez und zerstörten auf ägyptischer Seite militärisch wichtige Objekte. Es kam zu eigentlichen *Kämpfen* zwischen den Israeli und Ägyptern, die zahlreiche Todesopfer forderten.

Ohne Ausweg

Diese Steigerung der Spannungen hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass der Krieg vom Juni 1967 – der seinerseits nur eine Fortsetzung der früheren Waffengänge war – heute in zwar veränderter Form, aber praktisch mit den gleichen Mitteln weiter geht. Die Araber haben den ersten Schock ihrer Niederlage überwunden, ihr Selbstgefühl hat sich angesichts der massiven sowjetischen Militärhilfe wieder gefestigt, und sie brennen auf Revanche. Israel hat ihnen zwar nach seinem Sieg vom Juni 1967 die Hand hingestreckt, aber es kann den Arabern das nicht geben, was sie verlangen, nämlich bedingungslosen Rückzug hinter die Grenzen, die vor dem Sechstagekrieg bestanden haben. Dieser *Status quo ante* würde für Israel die dauernde Quelle neuer Gefahren bedeuten, und es ist leicht vorauszusehen, dass ein solcher Rückzug aus israelischer Sicht nur dann gerechtfertigt und vertretbar ist, wenn es dafür klare und eindeutig festgelegte *Garantien für seine staatliche Existenz* er-

hält. Aber gerade diese Garantien sind die Araber nicht gewillt zu geben; es ist deshalb anzunehmen, dass jedes Zurückweichen Israels die Araber nur zu neuen und noch höheren Forderungen ermutigen würde, bis ihr Ziel – die Auslöschung des Staates Israel – erreicht wäre.

Angesichts dieser Voraussetzungen muss man sich damit abfinden, dass die Situation im Nahen Osten noch auf lange Zeit hinaus eine spannungsvolle bleiben wird. Israel behält seine Eroberungen des Jahres 1967 als *Faustpfänder* in seiner Hand, ohne sich dafür das einhandeln zu können, was es erstrebt, nämlich international anerkannte, auch von den Arabern respektierte Grenzen. Der Konflikt wird weiter schwelen, er wird sich gelegentlich intensivieren, gelegentlich abschwächen, aber er wird so lange nicht gelöst werden, als die eine Seite der andern das Recht auf Existenz abspricht. Für die Sicherheit Europas und der ganzen Welt bedeutet diese Situation akuter Kriegsgefahr eine *dauernde Bedrohung*.

Umsturz in Libyen

Wie unausgeglichen die Lage innerhalb der arabischen Welt trotz lauter Einigkeitsbeteuerungen noch immer ist, zeigte Anfang September der Umsturz in Libyen. In einem Land, das sich seit seiner Entlassung aus der Kolonialherrschaft durch praktisch ungebrochene Stabilität ausgezeichnet und das dank seiner reichen Erdölvorräte einen verhältnismässig hohen Standard erreicht hatte, brach gewissermassen über Nacht eine Revolte aus, die die Herrschaft des Senussi-Königs *Idris* wegfegte. Der 79jährige Herrscher selber, der sich zur Zeit des Umsturzes zur Kur in der Türkei aufhielt, kehrte nicht mehr in sein Land zurück. An seiner Stelle übernahm eine *Revolutionsjunta* die Macht, deren Ziele bis jetzt nicht zu durchschauen sind und die sich bewusst mit einem Schleier des Geheimnisses umgibt.

Ohne Zweifel aber ist mit dem Abgang von *Idris* in Libyen das Gefüge eines weite-

ren arabischen Landes ins Wanken gekommen. Welche Tendenzen sich schliesslich durchsetzen werden, bleibt ungewiss; dass der Trend eher in Richtung auf ein *baathistisches Regime* als eine konservative Herrschaft gehen wird, scheint so gut wie gewiss, auch wenn die neuen Männer in Tripolis und Benghasi es sich wohl überlegen dürften, durch allzu kühne wirtschaftliche Experimente sich selbst und ihre offensichtlich noch kaum gefestigte Macht zu gefährden.

Nach Ho Chi Minhs Tod

Am 3. September ist in Hanoi der nordvietnamesische Staatspräsident Ho Chi Minh gestorben. Der Tod des fast achtzigjährigen Politikers hat weltweites Echo gefunden, und das nicht nur, weil sein Land seit Jahren im Mittelpunkt schwerer interner und äusserer Auseinandersetzungen steht. Ho Chi Minh war mehr als nur der Führer eines kommunistischen Staates. Immer mehr ist er in den letzten Jahren zu einer *Symbolfigur* geworden, um die sich ausserhalb Vietnams die Hoffnungen all jener ranken, die vom Kommunismus stalinistischer wie maoistischer Prägung enttäuscht worden sind.

Im Namen Ho Chi Minhs zog die rebellierende Jugend durch die Städte Westeuropas und Nordamerikas. Gleich dem lateinamerikanischen Revolutionär Che Guevara verkörperte «Onkel Ho» für sie in seinem angeblichen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Korruption so etwas wie die reine Idee einer neuen Gesellschaftsordnung. Es focht die Verehrer Hos nicht an, dass die Realität wenig mit ihren eigenen Vorstellungen gemein hatte; Ho Chi Minh schien ihnen ein Mann zu sein, der sich nicht hatte auf die Irrwege anderer Marxisten leiten lassen, sondern – konsequent in seinem Idealismus – in einer von Materialismus und Interessen bestimmten Welt auf ein grosses und leuchtendes Ziel hin steuerte.

Wird der tote Ho über das gleiche *Charisma* verfügen wie der lebende? In

Vietnam selber war er wegen seiner schweren Krankheit schon längst praktisch aus seiner führenden Position verschwunden gewesen. Die Entscheide sind zwar noch in seinem Namen ergangen, aber die eigentliche Verantwortung trugen andere. So ist es nicht erstaunlich, dass niemand ernsthaft in nächster Zeit eine sofortige Änderung der Lage in Vietnam erwartet. Den Nachfolgern Ho Chi Minhs wird es nicht leicht fallen, ihre Herrschaft mit einer Geste der Versöhnung gegenüber ihren Gegnern im Süden und gegenüber den Vereinigten Staaten zu eröffnen. Noch haben sie um die Festigung ihrer Positionen zu ringen und können es nicht riskieren, das Gesicht zu verlieren und ihre Autorität aufs Spiel zu setzen. Sie wollen mehr sein als nur die schwachen Epigonen eines grossen Vorgängers.

Auf lange Frist jedoch dürfte sich das Verschwinden Ho Chi Minhs von der politischen Bühne zweifellos in irgend einer Form auswirken. Präsident *Nixon* hat dem Rechnung getragen, indem er erneut ein *Signal* an die Adresse Hanois gegeben und eine weitere Reduktion der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam beschlossen hat. Ob die Hoffnung berechtigt ist, dass früher oder später die Gegenseite endlich aus ihrer Verkrampfung heraustritt und eine Antwort gibt, welche den seit Mai 1968 sich im Kreise drehenden Pariser Vietnamverhandlungen endlich den Impuls in Richtung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes verleiht, muss die Zukunft zeigen. Irgendwelche Anzeichen dafür sind bisher noch nicht sichtbar geworden.

Fabius

GOD SAVE THE QUEEN!

Betrachtungen über die britische Monarchie

Im März dieses Jahres prophezeite ich in diesen Spalten einen Sieg der Liberalen bei den Nachwahlen im Kreis Birmingham – und ich habe mit meiner Vorhersage, aller gegenteiligen Wahrscheinlichkeit zum Trotz, recht behalten. Es wäre leichtsinnig von mir, wollte ich meinen Prophetenruhm mit diesem kleinen Beitrag aufs Spiel setzen. Wenn ich also erneut einige der jüngsten Ereignisse näher beleuchte, so handelt es sich keinesfalls um eigentliche Parteistreitigkeiten, sondern um Akzente im politischen Geschehen, die den künftigen Gang der Dinge entscheidend beeinflussen könnten. Für heute möchte ich also auf das Prophezeien verzichten. Ich frage mich, ob – wenn unsere Gegenwart einst Geschichte geworden sein wird – sich irgendein Historiker die Mühe nehmen wird, etwas über die Erlebnisse der bri-

tischen Königsfamilie zu berichten. Wird in unserem nach-marx'schen Jahrhundert, im Zeitalter der grossen republikanischen Staatswesen, da «Nationalismus» schon fast wie ein Schimpfwort tönt und Heldenverehrung ein ausgesprochen amerikanischer Brauch ist, überhaupt noch jemand für solche Dinge Interesse zeigen? Sollte jemals ein Historiker der königlichen Familie und ihrer Bedeutung einige Seiten widmen, so wird er dies vielleicht nur mit dem unbehaglichen Gefühl tun, seine Leser mit Nebensächlichkeiten zu langweilen.

Und dennoch glaube ich instinktiv zu spüren, dass die Investitur des Prince of Wales sich dereinst als das wichtigste Ereignis des Jahres 1969 – soweit es die britische Geschichte anbelangt – herausstellen wird. Anfänglich erwartete man von der Sache